

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend

**BERLINER
EXTRA
DIENST**

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-, Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Auswertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BfG 828 00)

22. Juni 1968 - 50 / II
Einzelpreis DM 0.75

WEISSER KREIS: AKTIONEN IN KREUZBERG UND NEUKÖLLN

Die Aktionen der Außerparlamentarischen Opposition gegen die Einführung des Weißen Kreises und die Mieterhöhungen zum 1. Juli erreichen in der kommenden Woche einen Höhepunkt. Besonders aktiv sind die Basisgruppen Neukölln und Kreuzberg. Ein Sanierungsprojekt in der Kreuzberger Wasserstraße war in der Nacht zum Freitag Objekt der Agitation. Am Donnerstag, 27. Juni, 19 Uhr, findet in der 6. Grundschule in der Bergmannstraße 28 eine Mieterveranstaltung der Basisgruppen Neukölln und Kreuzberg statt, zu der der SPD-Stadtrat Baltruschat (Kreuzberg) sein Erscheinen zugesagt hat. Freitag, 28. Juni, ab 17.30 Uhr führt die Junge Linke in der Westberliner SPD eine Demonstration vom Oranienplatz (Nordseite) über Naunynstraße, Manteuffelstraße und Eisenbahnstraße zum Spreewaldplatz durch, wo um 19 Uhr auf einer Kundgebung Forderungen an eine sozialdemokratische Wohnungsbaupolitik angemeldet werden. Auf dieser Kundgebung werden Mieter ihre Sorgen vortragen. Sonnabend, 29. Juni, 14 Uhr, findet eine Kundgebung der Basisgruppen vor der "Beratungsstelle für Räumungsgeschädigte" in der Neuköllner Briesestraße statt. Im Mittelpunkt sollen die Sanierungsprogramme des Senats stehen.

GEGENMASSNAHMEN: FEHLKALKULATION BEIM PLANUNGSSTAB

Bundesaußenminister Brandt hatte dem in Westberlin versammelten Landesausschuß der SPD in Sachen Gegenmaßnahmen Tröstliches zu sagen. Er kündigte eine gewisse Nadelstich-Politik gegen Ostberlin an (Visagebühren für SED-Funktionäre, Versuche, die Ostseewoche in Rostock dem DDR-Regime durch Beeinflussung der skandinavischen Länder zu "versalzen"), stieß aber in seinem Bemühen, die "neue Ostpolitik" nicht zu gefährden, selbst beim rechten Flügel auf volles Verständnis: Klaus-Peter Schulz meinte, die neue Ostpolitik sei das einzige Mittel, die DDR zu isolieren. Auf die Kritik an der Bundesregierung, ihre Planungsarbeit für derartige Fälle habe versagt, entgegnete Brandt, der Planungsstab habe zwar Papiere für solche Fälle erarbeitet; sie seien aber davon ausgegangen, daß zwischen Ankündigung und Inkraftsetzung der Visa-Bestimmungen eine gewisse Zeit liege. Brandt revanchierte sich für diese Kritik an der Bundesregierung mit Kritik an der Westberliner SPD; sie habe als einzige Partei keine Stellungnahme zu den neuen Visa-Bestimmungen abgegeben. Es gehe nicht an, daß die SPD die Öffentlichkeitsarbeit dem Senat überlasse. Landesvorsitzender Schütz versprach, künftig nicht nur als Regierender Bürgermeister, sondern auch als Parteichef Erklärungen herauszugeben.

UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS: KOMPAKTE DARSTELLUNG

Über ein Jahr nach den Ereignissen vom 2. Juni 1967 sind die Untersuchungen der damaligen Vorfälle immer noch nicht abgeschlossen. Jüngsten Informationen zufolge sind zwischen SPD und CDU wiederum Streitigkeiten - diesmal über die Form des Abschlußberichtes - entbrannt. Während die CDU die ausführliche Darstellung von 48 Einzelvorgängen verlangt, möchte die SPD den Bericht nicht so ausführlich fassen, "um ihn dadurch kompakter zu machen".

FILMFESTSPIELE: WARTEN AUF SKANDAL

Die Leitung der Berliner Filmfestspiele, die am Freitag begannen, sieht mit Nervosität befürchteten Störaktionen entgegen. Zur Verleihung der Bundesfilmpreise am Sonntag in der Deutschen Oper soll die Tribüne des Hauses unbesetzt bleiben und die Einlaßkontrolle verschärft werden. Noch ist unklar, ob alle Preisträger ihre Dekorationen annehmen werden. Wie der Leiter der Festspiele, Dr. Bauer, in privaten Gesprächen äußerte, fürchtet er vor allem Störungen und Zwischenrufe während der einzelnen Filmvorführungen. Dagegen sei man machtlos, man könne "ja nicht alle Bartträger aus dem Kino weisen". Ob es überhaupt zu eigentlichen Störaktionen kommen wird, war bei Redaktionsschluß noch unklar. Bei einem Aktionsgespräch kritischer Studenten und Filmschaffender im Republikanischen Club lehnten die meisten Teilnehmer ab, sich mit Störaktionen zum "linken Dekor des Festivals machen zu lassen". Stattdessen werde man eigene Diskussions- und Aufklärungsveranstaltungen durchführen.

TEACH-IN: "VISAZWANG UND DDR-ANERKENNUNG"

Der Republikanische Club, die Studentenvertretung der TU, der FU-AStA und die Sozialistische Jugend - Die Falken - führen am Dienstag, 25. Juni, 20 Uhr, im Auditorium maximum der TU ein Teach-in zum Thema "Visazwang und DDR-Anerkennung" durch.

BERLIN-KOLLEG: UNTERRICHT SELBST ORGANISIERT

Seit Freitag dieser Woche streiken rund 200 der 233 Kollegiaten des Berlin-Kollegs, einer Einrichtung des zweiten Bildungsweges (siehe EXTRA-Dienst 47/II). Der Streik ist vorläufig unbefristet. Durchgesetzt werden soll das Ausscheiden einer Englischlehrerin, die sich allen Reformbestrebungen bisher widersetzt hat, eine Überprüfung der Personalpolitik durch den Senat und ein Mitspracherecht bei der Berufung neuer Lehrkräfte durch die Kollegiaten. Das Streikkomitee und der Kollegiatenrat haben ab Montag selbsttätig einen Unterricht nach den Grundgedanken des selbst entwickelten Reformplanes organisiert, den Dozenten der Westberliner Universitäten abhalten wollen.

CDU WESTBERLIN: WERBEAKTION SCHLAG INS WASSER

Eine groß angelegte Mitgliederwerbeaktion der Westberliner CDU, die der Vorbereitung des Landesparteitages am 28. und 29. Juni 1968 dienen sollte, brachte keine nennenswerten Ergebnisse. Obwohl der Landesvorstand Kopfbögen und Textvorlage für Werbebriefe bereitstellte, weigerten sich zahlreiche Kreisverbände wegen "finanzieller Schwierigkeiten", an der Aktion teilzunehmen. Die Junge Union, die die Werbebriefe verteilen sollte, wurde bisher überhaupt noch nicht aktiv; das führte zu einer scharfen Rüge der CDU-Führung, zumal die jetzige Aktion als Auftakt für eine ähnliche anlässlich des CDU-Bundesparteitages in Westberlin (Herbst) gedacht war. Aus diesem Anlaß soll sich dann sogar Bundeskanzler Kiesinger mit einem Werbebrief an die Westberliner Bevölkerung wenden. CDU-Landes- und CDU-Bundesvorstand hegen im übrigen die Befürchtung, daß der Bundesparteitag durch gezielte Aktionen der Außerparlamentarischen Opposition, die in diesem Fall "eine gewisse Unterstützung innerhalb der SPD finden könnte", empfindlich gestört wird.

Landesvorstand, Fraktion und Kreisverbände der Westberliner CDU bereiten derzeit ihren Landesparteitag vor, wobei auf jeden Fall der Eindruck erweckt werden soll, Westberlins CDU sei eine geschlossene Partei und zerfalle nicht in Flügel. Anträge, die sich mit der Erweiterung der Rechte der Arbeitnehmer beschäftigen, sollen daher möglichst nicht zugelassen werden. Zur Berlin-Politik will man sich trotz der letzten Ereignisse zurückhaltend äußern, dagegen ausführlich die Rolle der CDU als Opposition herausstellen. Die Hauptredner, Amrehn und Schmitz, sollen die SPD-Senatoren Stein, Evers und Schwedler in den Mittelpunkt ihrer Angriffe stellen. Auch Innensenator Neubauer muß mit einer Rüge rechnen: Ihm wird zu weiches Taktieren und mangelhafte Unterrichtung des Abgeordnetenhauses in Sachen Außerparlamentarische Opposition zum Vorwurf gemacht. Höhepunkt des Parteitages wird die Forderung nach Neuwahlen zum Westberliner Abgeordnetenhaus sein. Als Antragsteller soll Lummer in Aktion treten.

PFARRER UNTER ANKLAGE: WEGEN HILFE FÜR VIETNAM-FLÜCHTLINGE

Pfarrer Robert W. Brenning aus Mainz soll unter Anklage wegen "Anstiftung und Beihilfe zur Fahnenflucht" und "verfassungsverräterischer Zersetzung" gestellt werden. Brenning wurde am 9. Mai 1968 erstmals vernommen, verweigerte aber unter Berufung auf seine seelsorgliche Schweigepflicht die Aussage. Bob Brenning, 1939 in Montana geboren, ist amerikanischer Pfarrer der "United Church of Christ". Die Kirchenleitung von Hessen und Nassau hat sich inzwischen hinter den Pfarrer gestellt und bestätigt, daß Reverend Brenning in Ausübung seines Dienstes als Studentenpfarrer der seelsorglichen Schweigepflicht unterliegt. Die Politische Staatsanwaltschaft in Koblenz, die die Ermittlungen führt, vermutet offenbar, Reverend Brenning habe vietnam-unwillige US-Soldaten beraten. Dem Anwalt Brennings, Amman aus Heidelberg, wurde bisher mit dem Hinweis, die Akten seien "ständig zu weiteren Ermittlungen unterwegs", die Akteneinsicht verwehrt, so daß eine stichhaltige Begründung für die Christen-Verfolgung noch fehlt.

KATHOLISCHE KIRCHE: "PUBLIK"-TOD VOR DER GEBURT ?

Die mit Start am 27. September 1968 geplante neue überregionale katholische Wochenzeitung "publik" - von den westdeutschen Bischöfen mit einem Startkapital von 15 Millionen DM ausgestattet - liegt schon in den Wehen auf dem Sterbebett. "Publik"-Verlagsleiter Dr. Hans Suttner, 32 Jahre alt, ist plötzlich gestorben. Der Tod wird von den Gegnern des Projektes als willkommener Anlaß gesehen, den Start hinauszuschieben und vielleicht ganz zu verhindern. Die heftigsten Gegner des Blattes sind, wie EXTRA-Dienst meldete, die Verleger katholischer und christlicher Zeitungen, die eine starke Abonenteneinbuße befürchten. Weitere Gegner: Rechtsextremistische Kirchenkreise, denen die Zusammensetzung des Mitarbeiterstabes, in dem auch Protestanten sitzen sollen, nicht gefällt.

MÜNCHEN: STUDENTENVERTRETUNG NACH DEM RÄTESYSTEM

An der Münchener Universität ist derzeit eine grundlegende Strukturveränderung der studentischen Interessenvertretung nach dem Vorbild des Rätessystems im Gespräch. Die Initiative geht von der Münchener Linken aus. Der Konvent und der (derzeit rechte) AStA sollen von einem "Fachschaftenrat" abgelöst werden, dessen Mitglieder bei Ausübung ihres Mandats an Auflagen gebunden sind, einer ständigen Kontrolle unterworfen sind und jederzeit abgewählt werden können. Von den insgesamt 32 Fachschaften an der Münchener Universität haben sich bereits 18 für eine solche Umstrukturierung entschieden; weitere 8 Fachschaften sollen mit der neuen Gliederung der Selbstverwaltung sympathisieren.

KIEL: INTERNATIONALER STUDENTENKONGRESS

Vom 27. bis 29. Juni findet in der Kieler Universität ein Internationaler Studentenkongreß statt, bei dem u. a. Peter Gäng ("Intellektuelle und Revolution"), Johannes Agnoli ("Kritik des Parlamentarismus"), Reinhard Opitz ("Formierte Gesellschaft"), Fritz Vilmar ("Gewerkschaftspolitik im Spätkapitalismus"), Prof. Hofmann ("Hochschule und Herrschaftsstrukturen") sowie Gunnar Persson ("Politökonomie des Neokolonialismus") referieren werden. Im Aufruf zum Kongreß heißt es u. a.: "Es ist unsere Aufgabe, die gefährlichen Hintergründe der politischen Reglosigkeit der Universität aufzudecken. Wir kommen dabei zwangsläufig auf das System, in das die deutsche Universität eingebaut ist, Kapitalismus und Imperialismus. Aus diesem Grunde haben wir die Kongreßthematik vom Hochschulbereich bis zum gesamtgesellschaftlichen Funktionszusammenhang gespannt." Es werden rund 1000 inländische und etwa 100 ausländische Teilnehmer aus der Schweiz, aus Frankreich und aus Skandinavien erwartet.

FDP: MITGLIEDERBEWEGUNG NACH OBEN

Im Zusammenhang mit dem Austritt des Staatssekretärs Hüttebräucker aus der FDP war der Bundesvorsitzende der Freien Demokraten, Scheel, im Fernsehen nach der Mitgliederbewegung in seiner Partei gefragt worden. Scheel wich einer klaren Antwort aus, obwohl er das offenbar gar nicht nötig hatte. Ein Rundschreiben des FDP-Bundesgeschäftsführers Dr. Hans Friderichs vom 12. Juni 1968 an die Hauptgeschäftsführer der FDP-Landesverbände legt nämlich offen, daß die FDP in den letzten Monaten zwar 394 Mit-

glieder durch Austritte verloren hat, gleichzeitig aber 2 338 neue Mitglieder gewann. Auf die einzelnen Landesverbände verteilt sich die Mitgliederbewegung wie folgt: Westberlin 89 Eintritte : 50 Austritte; Baden-Württemberg 400 Eintritte : 0 Austritte; Bayern 200 : 35; Bremen 49 : 2; Hamburg 49 : 33; Hessen 247 : 3; Niedersachsen 283 : 69; Nordrhein-Westfalen 666 : 156; Rheinland-Pfalz 130 : 5; Saar 174 : 18; Schleswig-Holstein 51 : 23.

BUNDESWEHR: RESERVISTENKAMERADSCHAFT IN WESTBERLIN

In Westberlin gibt es eine "Reservistenkameradschaft der Bundeswehr". Schießübungen finden in Westberlin allerdings nicht statt. Die aktiven Mitglieder sollen sich jedoch zu "Geländeübungen" zusammenfinden, die dem "körperlichen Fit-sein" dienen. Der mehrere hundert Mitglieder zählende Reservistenverband unterhält Beziehungen zur "Gesellschaft für Wehrkunde", zum Arbeitskreis demokratischer Kreise und erfreut sich wohlwollender Duldung der alliierten Schutzmächte.

BASISGRUPPEN: INFORMATIONSTELLE ETABLIERT

Im Institut für Gegenöffentlichkeit in Berlin 30, Eislebener Straße 14, wurde eine Informationsstelle für die Arbeit der Basisgruppen der Westberliner Opposition geschaffen. Die Informationsstelle ist täglich von 18 bis 22 Uhr besetzt (Telefon 24 70 96).

JOURNALISTEN-REISEN: HERRMANN WEGEN POLITIKER-PORTRÄTS "BESTRAFT"?

Erst als "Welt"-Redakteur Bernt Conrad am 19. Juni von den DDR-Grenzern am Befahren der Autobahn nach Helmstedt gehindert wurde, kam diese Interpretation des neuen Visa-Rechtes ans Licht. Conrad gilt zwar im Springer-Hochhaus gar als "links". Im Vergleich zu dem Westberliner "Zeit"-Korrespondenten Kai Herrmann, der bereits am 13. Juni an der Durchfahrt nach Hamburg gehindert worden war, muß Conrad jedoch der Ostberliner Regierung nicht allein aus objektiven Gründen eine "unerwünschte Person" sein. Kai Herrmann dagegen büßt verstärkt für seine Interpretationsfreude an Ostberliner Personalinterna. Er wird bereits seit längerem am Betreten der DDR-Hauptstadt gehindert, die Benutzung der Landwege in Richtung Westen stand ihm jedoch bisher offen. Wegen seiner unter dem Strich sehr freundlichen APO-Artikel gerade von den Conrads gehaßt und an der Vermittlung Westberliner Revolte-Erfahrungen im westdeutschen Verbreitungsgebiet der "Zeit" maßgeblich beteiligt, kann sich Herrmann den DDR-Rochus nur aus seinen Porträts führender Parteispitzen erklären. Laut Herrmann ist nämlich Ulbricht immer noch dem Honecker und auch Stoph immer noch dem Honecker vorzuziehen. Solche Wertung aber verstehen die Ostberliner Instanzen ausschließlich im subversiven Sinn. Vermutlich ist Herrmann nun auch das Opfer einer allgemeinen Demonstration geworden: Jener nämlich, daß die neuen Visa im Berlin-Verkehr eben keine Laufzettel mit anderen Überschriften sind, wie Klaus Schütz nach dem ersten Schreck beschwichtigend festgestellt hatte, sondern Hoheitsakte eines Staates, die auch ohne Begründung unterbleiben können. Die "Zeit", so mag man in Ostberlin überlegt haben, sei womöglich neben Springers "Welt" das beste Medium, um diese Klarstellung in der Bundesrepublik an den Mann zu bringen, und Herrmann muß dafür als Erinnerungsstütze dienen. In Westberliner APO-Kreisen findet dieses DDR-staatliche Bedürfnis am Beispiel Herrmann indessen kein Verständnis.

HINWEIS DER REDAKTION

DIE STUNDEN DER HOCHÖFEN - einer der wichtigsten Filme über Kapitalismus und Imperialismus wird Sonntag, 23. Juni, und Montag, 24. Juni, jeweils um 23 Uhr im Filmtheater Bellevue am Hansaplatz in einer Veranstaltung der Freunde der Kinemathek gezeigt. Der dreiteilige, 1967/68 in Argentinien gedrehte Film (Neokolonialismus und Gewalt, Der Kampf um die Befreiung, Gewalt und Befreiung) wird in Anwesenheit des Regisseurs Solanas aufgeführt. Der Film wird während der Vorstellung mehrfach zur Diskussion mit dem Regisseur unterbrochen werden. Bedingung des Regisseurs: Unter der Leinwand muß auf einem Spruchband stehen: "Die Zuschauer sind entweder Feiglinge oder Verräter".

E. A. RAUTER: MEHR TUN, WAS NOTWENDIG IST

Das Mitglied des Republikanischen Clubs, E. A. Rauter, setzt die mit zwei Beiträgen begonnene Diskussion um Taktik und Strategie der Außerparlamentarischen Opposition heute fort. EXTRA-Dienst steht seinen Lesern in den Sommermonaten Juni und Juli für fundierte Diskussionsbeiträge, die eine Druckseite nicht übersteigen, als Forum zur Verfügung:

"Wenn man die Arbeit der verschiedenen Vorstandsgremien innerhalb der Außerparlamentarischen Opposition untersucht, ergibt sich, daß der Einfallsreichtum und die Entschlußfreudigkeit eben jener Gremien bei der Lösung eines politischen Problems mit dessen räumlicher Entfernung zunehmen. Wir alle sind begeistert, daß der RC-Vorstand für uns 3000 Mark an Pariser Studenten gespendet hat. Wir werden die Spende wohl spenden.

Wer - erstens - an den Protestveranstaltungen der APO gegen die Notstandsgesetze teilgenommen hat, und - zweitens - versteht, daß der Einfallsreichtum und die Entschlußfreudigkeit der Vorstandsgremien mit der räumlichen Entfernung eines Problems zunehmen, und wer - drittens - noch weiß, daß die Grundlage für die Existenz des Vorstandes die Absicht der Mehrzahl der Mitglieder ist, politisch zu wirken: der mußte sich verzeihen in dem Wunsch, der Tagungsort der meisten Vorstandsgruppen möge sich auf dem Planeten Mars befinden, wo doch schon die vergleichsweise unerheblichen zehntausend Kilometer nach Vietnam eine enorme Leistungssteigerung bei früheren Aktionen bewirkt hatten.

Bei der RC-Vollversammlung wurde in Unkenntnis dieser geometrischen Bedingung für das Wirken eines Vorstandes der Vorschlag gemacht, den Vorstand nach der Wahl zu beauftragen, mit allen Gruppen der Außerparlamentarischen Opposition Kontakt aufzunehmen, damit eine Massenaktion gegen die Verabschiedung der Vorsorge eingeleitet werde. Es wäre Fanatismus, dem überlasteten ehemaligen Vorsitzenden Meschkat vorzuwerfen - und anderen natürlich -, er habe mit einer müden Bewegung versichert, dies erübrige sich, andere kümmerten sich bereits um den Notstand. Meschkats Reaktion bleibt aber eine praktische Hieroglyphe der Kampfeinstellung vieler APO-Funktionäre: Eine müde Bewegung gegen die Garantie ungestörter Fortdauer der Ausbeutung. Ein Versuch, durch Fabrikorgitter Arbeiterbäuchen einen Hunger hineinzugitieren, der dort nicht drin ist.

Manche Leute, die die vorzügliche Verwaltung des Clubs nicht in dem Maße bewundern, wie der Vorstand, unterstellen, derselbige scheue nur deshalb davor, mit anderen Gruppen der APO zusammenzuarbeiten, um keine Macht einzubüßen. Nun, jedermann weiß, daß es sich bei den alten und neuen Vorstandsmitgliedern um Sozialisten handelt, die an sozialistischer Gesinnung alles übertreffen, was es in dieser Hinsicht bisher gegeben hat. Das aber bedeutet, daß sie nicht mit dem Verlangen nach Macht in Verbindung gebracht werden können. Wasser schließt Feuer aus.

Daraus folgt: Der RC-Vorstand möge im Auftrag der APO bei unseren sowjetischen Freunden ein Raumschiff bestellen zur jeweiligen Vergrößerung des Abstandes zwischen Vorstand und zu lösendem politischen Problem. Allerdings wäre dann eine Verdreifachung der Mitgliederbeiträge - bei einer Laufzeit der Ratenzahlung von mehreren Jahren - nicht mehr zu umgehen. Bedenkt man, daß es sich diesmal um eine Aufgabe von politischer Natur handelt, wird man dieses Opfer gerne auf sich nehmen. Denn als Geschenk könnte der Vorstand das Raumschiff nicht annehmen, weil er sich sonst dem Druck der Springer-Schütz-Presse aussetzen würde."

MITTEILUNG DES REPUBLIKANISCHEN CLUBS

MITTWOCH, 26. Juni, 20 Uhr: Im RC spricht Horst Schmitt vom Parteivorstand der SED Westberlin zum Thema: "Arbeiterselbstbestimmung aus der Sicht der SED Westberlin".

=====

EXTRA - Dienst Nummer 50/II hat eine verbreitete Auflage von 4 550 Exemplaren

=====

HEINRICH ALBERTZ: STAATSVERTRÄGE MIT DER DDR

Vor dem nach den Westberliner Osterereignissen aus Mitgliedern der SPD, der FDP und liberalen Nichtparteimitgliedern gebildeten "Bürgerkomitee", das sich als Aufgabe eine Vermittlerrolle zwischen staatlicher Gewalt und Außerparlamentarischer Opposition stellte, sprach am 15. Juni Westberlins Ex-Regierender Heinrich Albertz. Der Wortlaut der Rede wurde in Westberlin bisher nicht veröffentlicht. Der Meinungswandel des Ex-Regierenden ist offenbar dem Establishment in Staat und Presse zu ungeheuerlich: Über weite Strecken hinweg bestätigt Albertz das, was die Außerparlamentarische Opposition in den beiden letzten Jahren vortrug. Inwieweit das, was Albertz sagte, außerhalb des Bürgerkomitees Eingang findet, muß die Zeit zeigen. Auch innerhalb des Bürgerkomitees scheinen die Meinungen geteilt: Es verdient festgehalten zu werden, daß zu der Wochenendtagung Vertreter der Außerparlamentarischen Opposition nicht geladen wurden.

REDE VON HEINRICH ALBERTZ IM WORTLAUT:

"Die Bundesrepublik Deutschland hat sich an diese halbe Stadt mit Geld - mit viel Geld - aber ohne jedes ernsthafte politische Engagement gebunden. Die alliierten Schutzmächte sind im Bösen wie im Guten auf den Millimeter genau auf den Status quo dieser gespaltenen Stadt und dieses geteilten Landes festgelegt. Die führenden Kommunisten in der DDR sind nicht gewillt, auch nur einen Schritt aus ihrem reaktionären Turm des Kalten Krieges herauszutreten. Wir werden in Westberlin bald 26 % ältere Mitbürger über 65 Jahre haben. Der politische und wirtschaftliche Stellenwert Westberlins der 50er Jahre gilt nicht mehr. Chruschtschow kann also nachträglich recht behalten, wenn er auf dem Höhepunkt der Berlinkrise meinte, dieses Problem erledigt sich von selbst."

Am heißesten Tag der Osterwoche 1968 habe ich diese Sätze auf dem Hammerskjöldplatz ausgesprochen, als eine sehr abgekürzte Zusammenfassung dessen, was wenige andere und ich in Berlin und außerhalb Berlins über die Lage der geteilten Stadt seit Jahren gesagt hatten.

Heute, am 15. Juni, genau zwei Monate nach Ostermontag, sind die Nebel über der Szene Deutschlands wieder ein Stück gelichtet. Die harten Steine der Spaltung liegen für jeden, der sehen und hören kann, noch unverhüllt auf allen Wegen der Vernunft, der Verständigung, der Hoffnung auf Frieden in unserem Lande.

Jedermann, der politische Verantwortung für dieses Land trägt oder trug, hat gewußt oder sollte gewußt haben, daß es für Zivilpersonen auf dem Landweg nach Westberlin niemals einen freien oder gesicherten Zugang gegeben hat. Spätestens nach der Abschaffung der Interzonenpässe lag die Kontrolle des Reise- und Warenverkehrs für alle Personen und Sachen, die nicht zu den alliierten Missionen oder Garnisonen gehörten oder diplomatische Sonderrechte genossen, ausschließlich in den Händen der Ostberliner Behörden. Der letzte Versuch, diesen Zustand zu ändern, liegt acht Jahre zurück. Damals scheiterte ein amerikanischer Vorschlag, die Kontrolle auf dem Landwege nach Berlin einer internationalen Behörde zu übertragen, an der Sturheit und Ignoranz der damaligen Bundesregierung. Man wollte lieber einen voll verantwortlichen Ulbricht als einen 1/12 Ulbricht auf den Autobahnen. Denn man konnte ja mit Pankow keine Verträge schließen. Seitdem ist es, von wenigen Äußerungen abgesehen, still geworden um diesen Tatbestand. Es gab Ärger und Empörung. Es gab ernüchternde Erfahrungen. Es gab alliierte und deutsche Krisenpläne. Nur die waren - wie Willy Brandt einmal formuliert hat - auf den falschen Krieg eingestellt. Seitdem geisterten die Hinweise auf die Einführung einer Paß- oder Visumpflicht alle paar Monate durch die Meldungen der Nachrichtendienste. Nachdem mir klar war, daß nichts, aber auch gar nichts außer papiernen Protesten in einem solchen Fall geschehen würde, habe ich Willy Brandt immer nur raten können: Fahr als erster im Auto nach Helmstedt. Nimm das Papier. Sag, was es ist: Papier. Das Dokument dessen, was die DDR seit Jahren über sich selbst sagt und denkt. Was sie ist: Ein Staat, ein reaktionärer, bürokratischer, in seinen administrativen Mitteln mittelalterlicher Staat. Wege- und Brückenzoll.

Nun ist dieser Schritt gegangen worden, mit Zustimmung der UdSSR. In einem günstigen Zeitpunkt. Geändert hat sich durch diese Papiere nichts. Es ist auch nicht richtig, daß nun erst Selektionen möglich seien und Verweigerungen. Die hat es immer gegeben. Vom kleinen unbekanntem Bürger bis zum Präsidenten des Bundesrates.

Verbunden worden ist dieser Schritt mit Wegelagerergebühren. Sie eigentlich belasten den Berlinverkehr aufs schwerste. Sie erreichen genau das, was die Kommunisten angeblich nicht wollen, und hoffentlich wir im Grunde auch nicht: Neue Subventionen des Bundes, neue Künstlichkeiten. Ernährung durch Tropfinfusionen, nicht durch den Mund. Die Versuchung, die alte Praxis Adenauers ad infinitum fortzusetzen: Berlin ist mit Geld zu halten, wird tragisch erhöht. Die kalten Krieger in Ostberlin ermuntern die unseren. Die Schakale heulen schon wieder am Wege. Sollen, dürfen wir nun resignieren?

Zunächst ist zu sagen, daß in erfreulicher Distanz zu bestimmten Reaktionen nach dem 13. August der Regierende Bürgermeister nüchtern und ohne neue Illusionen zu wecken gesprochen hat. Ich hoffe, er hält diese Linie durch. Ich hoffe, die, die nach Kundgebungen und nach spektakulären Besuchen rufen, gewinnen nicht wieder die Oberhand.

Weiter ist zu sagen, daß die, die als die kritischsten Mitbürger unserer Stadt am unbequemsten sichtbar geworden sind, sich in unseren inneren Auseinandersetzungen als erste und am nächsten an Ostberlin geäußert haben. Es war Sigrid Fronius, die die reaktionäre Grundgesinnung der Ostberliner Maßnahmen als erste über die Mauer hinweg angriff.

Hier kann also radikale Vernunft auf beiden Seiten der inneren Gräben nur weiterhelfen. Darum kann meine erste Bitte nur sein: Versprecht nichts, was ihr nicht halten könnt. Sagt, was ist. Sagt es so deutlich wie möglich. Aber das ist nur der Vordergrund. Die Antwort auf die Herausforderung kann nur eine positive sein.

Sie ergibt sich für mich in vier Richtungen:

1. Willy Brandt soll unbeirrt und konsequent seine Politik des Ausgleichs und der Verständigung mit den osteuropäischen Staaten fortsetzen. Es war richtig, daß er nicht dem hysterischen Ratschlag gefolgt ist, seine Reise nach Belgrad abzusagen. Nur, wenn wir deutlich machen, wie wir ohne jeden Vorbehalt auch zu kommunistischen Regierungen stehen, die Verständigung wünschen, zeigt sich, was morgen möglich wäre, wenn in der DDR Kräfte wirksam werden, die ohne Aufgabe eigener Positionen aus der Isolierung heraus möchten und das Vernünftige zu tun wünschen.
2. Aber diese Bemühungen dürfen nicht ausschließen, sondern schließen ein die Neubestimmung unseres Verhältnisses zur DDR. Ich habe, was stadtbekannt ist, nie etwas von den Anerkennungsphilosophien des Herrn Ulbricht, des Herrn Springer oder vieler kluger Schriftgelehrten und Pharisäer gehalten. Ich habe schon 1963 - mit einem Mißtrauensvotum der CDU und großem Ärger in der eigenen Partei bedacht - die These vertreten: Was Anerkennung ist, bestimmen wir. Wir sollten tun, was notwendig und nützlich ist. Heute ist nicht nur notwendig und nützlich, sondern überfällig der Abschluß konkreter Vereinbarungen über alle die beiden Teile Deutschlands und Berlins berührenden Fragen. Staatsverträge also, mit ordentlichen Unterschriften, mit gehörigen Vollmachten, mit Austausch von Bevollmächtigten. Das mag Anerkennung sein oder nicht. Es ist nötig. Wenn wir nicht bereit sind, über verbale Absichtserklärungen hinaus konkrete Texte vorzuschlagen, wird die DDR bestimmen, was sie für richtig hält, wenn es ihr Moskau erlaubt. Westberlin liegt als Exklave im Gebiet der DDR. Nicht Ostberlin als Exklave im Gebiet der Bundesrepublik. Das ist die härteste Realität: die Geographie. Das heißt also: Die Anlieger, Bundesrepublik und DDR, sollten die Schutz- und Garantiefunktionen der alliierten Mächte, im einzelnen verschwommen genug, ausfüllen und verdeutlichen. Und warum sollten sich CSSR, Polen, Benelux und skandinavische Länder nicht auch als Anlieger fühlen? Sie sind es doch. Sie sind doch mindestens so interessiert an dem, was mit Westberlin für oder gegen Verständigung in Europa geschieht, wie die vier Großmächte des Statutes von Berlin.
3. Es sollte nun radikal und ohne Umschweife an die Strukturprobleme der Westberliner Wirtschaft herangegangen werden. Natürlich lebt und stirbt Westberlin mit dem Funktionieren der Solidarität der Bundesrepublik. Aber soll auf lange Sicht der Subventionshaushalt immer größer werden? Soll die Grundgesinnung des Herrn Berg die Basis für wirtschaftliche Initiative sein in Westberlin? Sollen wir 80 Millionen zusätzlich an Ab-

lösung der neuen Lasten erhalten und alles bleibt beim alten? Herr Schmucker wird sich zu diesem Problemkreis noch äußern. Ich sage nur, ich bedauere tief, daß die unabhängige Kommission, vor einem Jahr eingesetzt, offensichtlich nicht schnell und unabhängig arbeiten konnte.

4. Schließlich wird alles davon abhängen, ob wir, wir Bürger dieser halben Stadt, mit unseren eigenen gesellschaftlichen Problemen fertig werden. Ich kann dazu in diesen 20 Minuten nicht noch einmal alles sagen. Ich habe vorhin schon vermerkt, daß es einige Anzeichen für Nachdenklichkeiten auf allen Seiten gibt. Es gibt auch tiefbedrückende Intoleranzen und Überheblichkeiten.

Vielleicht ist der Schock des 11. Juni dazu geeignet, nun endlich, endlich zum Nachdenken und zum Handeln zu führen. Dieser bescheidene Kreis von Berliner Bürgern will dazu mithelfen. Er wird sich deutlich wehren, wenn weiter und wieder auf der Grundlage von halben Wahrheiten und ganzen Lügen geschlafen wird. Er wird überall zu helfen versuchen, wo Nüchternheit, Klarheit, Wille zur Veränderung, zur Reform sichtbar wird. Das Kirchensiegel meiner reformierten Gemeinde in Breslau trug die Inschrift: Nulli cedit ponderi, sed contra assurgit. Ich will sie ins Deutsche übersetzen: Er weicht keiner Belastung, sondern er erhebt sich gegen sie.

REDE VON EBERHARD SOMMER IN AUSZÜGEN:

Der sozialdemokratische Rechtsanwalt Dr. Eberhard Sommer setzte sich noch schärfer als sein Parteifreund Albertz mit den Illusionen um Westberlin auseinander. Er sprach aus, was Albertz nur andeutete: Westberlin muß seinen "eigenen progressiven Weg" gehen. EXTRA-Dienst dokumentiert wesentliche Auszüge aus dem Referat Sommers vor dem "Bürgerkomitee":

Die Visagebühren gefährden nicht die Lebensfähigkeit dieser Stadt. Auch ohne die Maßnahmen der DDR-Regierung vom 11. Juni hätte Westberlin die Strukturkrise, die Standortnachteile, den Arbeitskräftemangel und die Überalterung. Bedroht ist Westberlin von der Furcht, welche Maßnahmen die DDR-Regierung morgen über uns verhängen wird. Wir Westberliner leben wie in einem dunklen Raum, wissen von den Kanten und Spitzen, an denen wir uns stoßen werden, fürchten uns aber, den Lichtschalter anzudrehen, weil man uns eingeredet hat - lange und mit gutem Erfolg -, daß wir uns daran verbrennen werden.

Neben der geographischen Realität müssen wir uns auch mit der Realität des politischen Status von Westberlin - und zwar mit seiner Verklammerung bis in die letzten Phasen internationaler Politik - vertraut machen. Der Status von Westberlin enthält, soweit deutsche Staatsbürger betrifft, im Kern die schlechteste aller denkbaren Ordnungen, nämlich den vertragslosen Zustand. Das ist die zweite Realität, die wir nicht übersehen können. Wer der Bevölkerung weiterhin erzählen will, die DDR-Regierung habe erneut "unsere Rechte" verletzt, belügt schlicht diese Bevölkerung.

Wenn hier die Anerkennung der DDR als Staat gefordert wird, dann heißt das nicht, daß wir einem abstrakten juristischen Anerkennungsfetischismus das Wort reden. Die Anerkennung der DDR ist ein politischer Akt und erst in zweiter Linie eine formale Angelegenheit. Über die Anerkennung wird verhandelt, für die Anerkennung fordere ich einen politischen Preis. Mit der Verhandlung über eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR besteht letztlich die Chance, vertragliche Vereinbarungen zu erzielen, welche den Status Westberlins und alle damit zusammenhängenden Fragen auch für die DDR verbindlich festlegen.

Um zu überleben, braucht die Stadt politisches Selbstbewußtsein. Die Subventionsmentalität hat die Regierenden Westberlins zu folglosen Schülern der Bonner Regierung degradiert. Konservative und reaktionäre Kräfte werden vorerst noch getrennt, bald aber vereint, dank einer verfehlten Nachkriegspolitik Westdeutschlands, in der Lage sein, die progressiven Ansätze in der Außen- und Innenpolitik zu zerstören und den Rückschritt einzuleiten. Eine reaktionäre Bundesrepublik kann auch in der Nachbarschaft zur DDR wieder bis zum Hals in die Gräben des Kalten Krieges steigen. Westberlin aber, das auf Grund seiner Abhängigkeit zur Bundesrepublik zum Kalten Krieg gezwungen wäre, könnte diesen Kalten Krieg inmitten des Gebiets der DDR nicht überleben. Wenn wir den Kalten

Krieg aber nicht mitspielen, werden wir vielleicht erleben, daß uns eine Bonner Regierung die Summen, die wir zur Bezahlung der Transitvisa benötigen, nicht mehr bezahlt. Unser Dilemma wäre perfekt, die "gesamtdeutsche" Grotteske nicht besser vorstellbar. Gerade dann, wenn es nur bei Ansätzen zu einer fortschrittlichen gesellschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik bleiben sollte - für das Gegenteil liegen keine Anzeichen vor -, muß Westberlin die Freiheit haben, einen eigenen progressiven Weg weiter zu gehen.

Von studentischer Seite und von Gruppen der Außerparlamentarischen Opposition ist versucht worden, für Westberlin zu den anstehenden Problemen konkrete Lösungen aufzuzeigen. Solche Vorschläge sind für die Hochschulen, für die Wirtschaft und für den Pressebereich gemacht worden. Arroganz, Dummheit und oft auch Faulheit haben diese Versuche verketzert. An diesen Arbeiten waren überwiegend junge Menschen beteiligt. Es war zum Teil auch ihr erstes politisches Engagement. Wenn die Reaktion der Regierenden und der beeinflussten Öffentlichkeit gegenüber diesem Engagement nur in pauschaler Ablehnung bestand, darf sich niemand wundern, daß diese jungen Menschen das ganze System für verrottet halten, das sich selbst nur durch hohle Phrasen legitimiert und durch eine Notstandsgesetzgebung absichert.

Die Notwendigkeit zu einer neuen und selbstbewußten Berlinpolitik kann der Bevölkerung sehr schwer erklärt werden, solange der die Stadt beherrschende Pressekonzern die Hand am Blasebalg des Kalten Krieges hat und die gescheiterte Wiedervereinigungspolitik nach wie vor zum Dogma Nr. 1 der publizistischen Arbeit erhebt. Wenn die Mehrheit der Bevölkerung in Verblendung zum Selbstopfer bereit erscheint, dann ist sie in Wahrheit das Opfer der reaktionären Ideologie dieses Konzerns.

HINWEISE DER REDAKTION

SONNABEND, 22. Juni, 20 Uhr, zeigt der "Spieler und Tänzer" Michael Kramer im Studio der Akademie der Künste "Formspiel und Gaukelei". In der Einladung heißt es: "Die Fabel des Spiels enthält einen Konflikt zwischen einer unterdrückten Gruppe Menschen, die sich gegen Zwang und Konventionen auflehnen und denen, die als Teile eines Systems handeln und regieren".

EIN GESPRÄCH MIT DER POLIZEI findet im Gemeindezentrum der Evangelischen Kirchengemeinde Alt-Tempelhof Ost (Berlin 42, Götzstraße 24) am Dienstag, 25. Juni, 20 Uhr statt. Von der Polizei erscheint Polizeirat Freund und Kriminalrat Liedtke. Die Tempelhofer Gemeinde hatte in einer Diskussionsreihe vorher Vertreter der Außerparlamentarischen Opposition vorgestellt.

SONNTAG, 23. Juni, 19 Uhr, singt im Auditorium maximum der TU auf einer Veranstaltung der Sozialistischen Jugend - Die Falken - und des TU-ASTa der amerikanische Protestsänger Phil Ochs. Das Konzert sollte ursprünglich in Paris stattfinden - die französischen Behörden verweigerten die Einreise. Eintrittsgeld wird nicht erhoben: Der Erlös einer Sammlung soll den politisch verfolgten Studenten in Frankreich übergeben werden.

EXTRA-REPORT

IM HERBST WIRD GETEILT / VON HARTMUT BUNKE

"Die Kirchenleitungen der evangelischen Landeskirchen in der DDR haben durch übereinstimmende Beschlüsse mit Wirkung vom 5. Juni 1968 zwei Kommissionen berufen. Die Strukturkommission, zu der jede Landeskirche einen Vertreter entsandt hat, soll die seit langem anstehende Frage prüfen, wie die unter den Kirchen der DDR bestehende Arbeits- und Zeugnisgemeinschaft intensiviert werden kann. Die Kommission soll bis zum Herbst Vorschläge für einen engeren Zusammenschluß der evangelischen Landeskirchen in der DDR erarbeiten, zu denen die Landeskirchen beschlußfähig Stellung zu nehmen haben. Die Verhandlungskommission hat den Auftrag zu prüfen, welche Gebiete der kirchlichen Arbeit Gegenstand von Vereinbarungen gem. Art. 39, 2 der neuen Verfassung der DDR sein könnten. Sie soll gegebenenfalls auch für die Vorbereitung solcher Vereinbarungen zur Verfügung stehen."

Diese sachliche Mitteilung war Mitte Juni als erste Meldung im kirchenoffiziösen "Evangelischen Nachrichtendienst in der Deutschen Demokratischen Republik" (ena) zu lesen. Sie besagt schlicht, daß noch in diesem Jahr die 1948 in Eisenach konstituierte "Evangelische Kirche in Deutschland" (EKD) entsprechend den politischen Realitäten in zwei Evangelische Kirchen aufgeteilt wird, deren Grenzen dann mit den Grenzen der Bundesrepublik und der DDR identisch sind. Damit dürfte endlich und hoffentlich auch endgültig jener Taschenspielertrick von der angeblichen "Einheit der EKD" beseitigt sein, der das Verhältnis von Staat und Kirche in der DDR in den zurückliegenden Jahren immer wieder belastete. Denn eine reale geistliche Einheit konnte unter den fast 30 Gliedkirchen der EKD bis heute nicht hergestellt werden, und was dafür als "Einheit der EKD" umso leidenschaftlicher beschworen wird, ist nichts anderes als die kirchenpolitische Variante des "Alleinvertretungsanspruchs" der Bundesregierung. Was die geistliche Einheit der EKD anbetrifft, so sei nur daran erinnert, daß es in 20 Jahren EKD nicht gelungen ist, eine so gravierende Frage wie die der Abendmahlsgemeinschaft zu lösen. Was die "Einheit der EKD" als verlängerter Arm der Bundesregierung anbetrifft, so sei nur daran erinnert, daß sich die EKD bereits 1957 praktisch selbst gespalten hat, als der verstorbene Berliner Bischof D. Otto Dibelius gegen einen eindeutigen Beschluß der Synode der EKD, des damals noch gesamtdeutschen Kirchenparlaments, gemeinsam mit Konrad Adenauer jenen "Vertrag der Evangelischen Kirche in Deutschland mit der Bundesrepublik Deutschland zur Regelung der evangelischen Militärseelsorge" unterzeichnete, mit dem trotz formaler Trennung von Staat und Kirche das alte Bündnis von Thron und Altar für den Bereich der Bundesrepublik wiedererstand. Das ungeistliche Spiel der kirchlichen Antikommunisten ging damals auf. Auch die EKD-Synodalen aus der DDR mußten dem bereits ratifizierten "Militärseelsorgevertrag" ihre Stimme geben, da sie sonst Dibelius desavouiert und praktisch zum Rückzug gezwungen hätten. Diese zutiefst ungeistliche Tat konnte auch nicht dadurch beseitigt werden, daß sich die EKD-Synodalen aus der DDR ein Jahr später formell von diesem Vertrag distanzieren. Ob man es nun wahrhaben will oder in notorischer Unaufrichtigkeit hartnäckig bestreitet: Alle Querelen zwischen Staat und Kirche in der DDR haben hier ihren Ursprung. Auch das dringend erforderliche Gespräch zwischen Christen und Marxisten, der Dialog mit den Kommunisten, wurde durch den "Militärseelsorgevertrag" und seine Folgen belastet: denn wie sollte eine solche Kirche einem überzeugten Nichtchristen glaubwürdig, geschweige denn vertrauenswürdig sein?

Mit dem einleitend zitierten Beschluß der evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, mitbedingt durch die neue sozialistische Verfassung der DDR, soll nun für die Kirchen in der DDR eine neue Plattform geschaffen werden - sowohl innerkirchlich als auch im Verhältnis zum Staat. Die Zusammensetzung der Verhandlungskommission läßt erkennen, daß man nicht daran denkt, die Vertreter des Staates bei eventuellen Verhandlungen mit ausgesprochenen kalten Kirchenkriegern wie dem Greifswalder Bischof Friedrich-Wilhelm Krummacker zu konfrontieren. Vielmehr wird die kirchliche Verhandlungskommission vom Bischof von Berlin-Brandenburg D. Albrecht Schönherr geleitet. Ihr gehören ferner an der Magdeburger Bischof D. Johannes Jänicke, der Dresdener Synodalpräsident Dr. Kurt Johannes und der Eisenacher Oberkirchenrat Ingo Braecklein, kirchliche Persönlichkeiten in verantwortlichen Funktionen, die ihrer Obrigkeit mit gutem Gewissen gegenüber treten können und nichts mit der fiktiven "EKD" zu tun haben. Hier soll auf breiter Ebene jener Weg fortgesetzt werden, um den sich in den zurückliegenden Jahren der Senior der evangelischen Bischöfe in der DDR, der thüringische Landesbischof D. Dr. h. c. Moritz Mitzenheim verdient gemacht hat, auch wenn er dafür immer wieder diffamiert wurde. Aber offensichtlich beginnen sich die Realitäten doch durchzusetzen. Das wurde in den letzten acht Wochen bereits zweimal deutlich, auch wenn die "freiheitliche" Presse diese bemerkenswerten Tatsachen herunterspielte oder gänzlich verschwieg: Gemeint ist die Umbenennung der "Pommerschen Evangelischen Kirche" und der "Evangelischen Kirche von Schlesien" in Landeskirchen von Greifswald und Görlitz. Hier wurde durch entsprechende Synodalbeschlüsse ein Kapitel von kirchlichem Revanchismus zu den Akten gelegt. Ist die Teilung der "EKD" vollzogen, bliebe als letzte offene kirchenpolitische Frage eine Neubestimmung des Standorts der Evangelischen Kirche in der "selbständigen politischen Einheit Westberlin". Auch sie wird kommen.

UMFRAGE: GROSSE KOALITION - DDR-ANERKENNUNG - WIRTSCHAFTSFRAGEN

Das Meinungsforschungsinstitut DIVO hat für die Freien Demokraten eine Mehrthemenumfrage Anfang 1968 durchgeführt, die bisher noch nicht veröffentlicht worden ist. Die FDP hat nun ein internes Papier herausgebracht, das die wichtigsten Ergebnisse zusammenfaßt. Da die Freien Demokraten Auftraggeber dieser Umfrage waren, spielt diese Partei eine nicht unerhebliche Rolle - zumindest was die Zusammenfassung angeht. Die Ergebnisse dürften aber auch außerhalb dieser Partei nicht uninteressant sein, vor allem was die Haltung der Bevölkerung zur Anerkennung der DDR und zur westdeutschen Außenpolitik angeht. EXTRA-Dienst dokumentiert nachstehend das FDP-Papier:

GROSSE KOALITION:

Die große Koalition erfreut sich keiner breiten Zustimmung in der Bevölkerung. Nur 61% der Befragten können heute eine Partei nennen, die sie wählen werden. 39 % wissen noch nicht, welche Partei sie bevorzugen.

Auf die große Koalition sind nur 40 % der Befragten festgelegt. Sie bevorzugen die große Koalition, "weil sie die Interessen aller Schichten unseres Volkes berücksichtigt." Noch nicht einmal die Hälfte der CDU/SPD Anhängerschaft stehen also fest hinter der großen Koalition.

25 % der Befragten sind gegen die große Koalition. Sie sind der Ansicht, daß durch die Zusammenarbeit der großen Parteien "die Politik nur noch hinter den Kulissen betrieben" werde.

Die FDP kann also im Hinblick auf den Wahlkampf mit einem Potential von 25 % der Befragten rechnen, die gegen die große Koalition eingestellt sind. Unter vorgegebenen Möglichkeiten, wie man gegen die große Koalition "protestieren" kann, bevorzugen 26 % der Gegner der großen Koalition das Argument "FDP wählen". Nur 8 % sagen: "NPD wählen". 18 % meinen: Man solle gar nicht zur Wahl gehen.

7 % der Befragten würden aus Protest gegen die große Koalition FDP wählen. Dieses Potential wählt nur zu zwei Drittel FDP. Rechnet man die Gruppe hinzu, die aus Protest nicht zur Wahl gehen würde, hätte die FDP ein echtes Potential von 13 % der Gesamtbevölkerung. Es würde sich daher empfehlen, die Wahlwerbung im Landtags- und kommenden Bundestagswahlkampf genau auf diese Argumentation abzustellen und echte Argumente zu geben, warum die Gegner der großen Koalition FDP wählen müssen.

AMERIKANISCHE REGIERUNG:

20 % der Befragten wünschen eine stärkere Unabhängigkeit der deutschen Außenpolitik, weil diese der Bundesrepublik am meisten nützen dürfte. Für eine, wie bisher, enge Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten treten nur 16 %, für eine stärkere Zusammenarbeit in der EWG und vor allem mit Frankreich setzen sich 25 % der Befragten ein. Gegenüber der amerikanischen Politik ist ein deutlicher negativer Einstellungswandel zu verzeichnen. 13 % der Befragten meinen, daß die amerikanische Regierung einen größeren Einfluß auf die deutsche Politik ausübe als für Deutschland gut sei. 20 % der Befragten sind der Ansicht, daß die katholische Kirche einen solchen ungünstigen Einfluß ausübe. Mit 13 % folgen dann sogleich die amerikanische Regierung und erst mit 12 % die Gewerkschaften. Der Einfluß der französischen Regierung wird nur von 2 % der Befragten als zu groß beurteilt.

DDR:

Für eine Anerkennung der DDR durch die Bundesregierung setzten sich 27 % aller Befragten ein. 48 % sind gegen eine Anerkennung. Der Rest hat keine Meinung. Die Befürworter der Anerkennung der DDR haben damit gegenüber 1965 um rd. 50 % zugenommen. In Bezug auf die Anerkennung der DDR hat die FDP bei den Befragten ein relativ eindeutiges Profil. 16 % der Befragten meinen, daß die FDP wohl die DDR am ehesten anerkennen würde. 25 % glauben dies von der SPD und nur 3 % von der CDU. Die Möglichkeit der Anerkennung der DDR ist also in der Bevölkerung nicht mehr ein politisches Tabu. Sie ist allerdings eine Frage, bei der sich die "Geister" scheiden. Das Potential der Befürworter einer Anerkennung ist jedoch beachtlich groß.

WIRTSCHAFT:

Im Hinblick auf die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in der Bundesrepublik hat die FDP als Partei kein besonderes Profil. Nur 3 % der Befragten, das entspricht ungefähr einem Drittel ihrer Wählerschaft, trauen der FDP zu, daß sie die Lage günstig verändern könnte.

25 % der Befragten sind der Ansicht, daß die SPD am ehesten die wirtschaftliche Lage verbessern könnte. Geht man jedoch davon aus, daß die SPD den Wirtschaftsminister stellt und die "Wachstumspolitik" kreierte hat, ist dieses Ergebnis ebenfalls nicht sonderlich gut.

Auf dem Gebiet, die wirtschaftliche Lage zu verbessern, führt mit 27 % noch immer die CDU. Die SPD dürfte auch hier vor einem typischen Koalitionsproblem stehen. Die Leistungen, die sie erbringt, werden der CDU als Erfolg zugeschrieben.

Die Einschränkung der Sozialausgaben zur Verbesserung der Wirtschaftslage sind nicht populär. Nur 12 % der Befragten bevorzugen ein solches Programm. 56 % der Befragten vertreten hingegen die Ansicht, daß die Einschränkungen vor allem nicht den kleinen Mann treffen dürften. Sie sagen: "Wenn der Staat für die Rentner, für die Arbeiter und für die kinderreichen Familien nicht genug Geld hat, muß er eben die Steuern für die Besserverdienenden erhöhen". 34 % der Befragten können sich keiner dieser beiden Ansichten anschließen.

Es wird noch zu klären sein, ob die FDP unter den Befürwortern der Einschränkung der Sozialausgaben ein interessantes Potential hat.

EXTRA ÜBER UNS

LESER RAINER PILGER aus Edingen macht uns darauf aufmerksam, daß in unserer Aufzählung der Abgeordneten, die gegen die Notstandsgesetze stimmten, ein Name fehlte: Der des CSU-Abgeordneten Dr. Schulze-Vorberg. Wir stehen nicht an, dies nachzutragen.

===== anzeige =====

AXEL SPRINGER ALS ERZIEHER DER JUGEND

Eine Umfrage und eine Dokumentation über die Konzentration der Jugendpresse von Ulrich Sander. Der Journalist Sander hat zahlreiche Politiker, Professoren, Journalisten, Schriftsteller, Jugendleiter und Gewerkschafter nach ihrer Meinung über die Jugendpressekonzentration bei Springer befragt. Das Ergebnis liegt seit einigen Monaten vor. Das über 60 Druckseiten starke Werk ist zum Preis von DM 4.00 über den EXTRA-Dienst zu beziehen.

EXTRA-Dienst GmbH | Berlin 15 Wielandstraße 27 Telefon 0311/883 40 74

===== bestellschein =====

Ich bestelle ab 1968 den Berliner EXTRA-Dienst bis auf weiteres, mindestens jedoch für drei Monate zum monatlichen Inlandsabonnementspreis von DM 5.00, (Auslandsabonnement: DM 6.00; Luftpost-Abonnement Ausland: DM 10.00). Der Dienst ist zu meiner persönlichen Information bestimmt. Journalistische Auswertung nur nach Sondervereinbarung. Das Abonnement kann jeweils zum 1. eines Monats, jedoch spätestens am 15. des Vormonats gekündigt werden.

Den Abonnementspreis überweise ich im voraus auf das Konto der Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH. bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Berlin 12, Kontonummer 4712 (Postscheckkonto der Bank: Berlin West 828 00).

NAME:

WOHNORT: ()

STRASSE:

DATUM: UNTERSCHRIFT: